

ANTRÄGE

**Kreisdelegiertenversammlung
der SPD Berlin-Lichtenberg
am 11. Oktober 2016**

Beschlossene

5 Anträge

ANTRÄGE

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg Kreis 11

Antrag A 10-16

Antragsteller: AGS Lichtenberg, Abteilung 3 Fennpfuhl

KDV Lichtenberg am 11. Oktober 2016

5 Beschluss KDV MEHRHEITLICH Ja Stimmen wenige Nein Stimmen wenige EnthaltungenWeiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PV

Empfehlung der Antragskommission: kein Votum

Der Landesparteitag Berlin möge beschließen:Der Bundesparteitag / Der Parteikonvent möge beschließen:10 **Verhinderung und Beseitigung von nachträglich hervorgerufenen "Doppelverbeitragungen" in der betrieblichen Altersversorgung**

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für folgende Ergänzung am Schluss des § 229 (1) Fünftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB V) einzusetzen:

15 Beitragsfrei bleiben Kapitaleistungen aus bereits vor 2004 bestehenden freiwillig abgeschlossenen Verträgen, bei denen sonst aus dem Gesetz Beitragspflichten vor und nach der Leistungsfälligkeit entstehen würden ("Doppelverbeitragung"). Die Rückzahlungsabwicklung der bereits erhobenen Beiträge regelt eine Ausführungsverordnung.

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg Kreis 11

Antrag A 11-16

20 Antragsteller: Abteilung 5 Friedrichsfelde-Rummelsburg

KDV Lichtenberg am 11. Oktober 2016

Beschluss KDV Ja Stimmen Nein Stimmen Enthaltungen StimmenWeiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PV

Empfehlung der Antragskommission: Annahme

25 Der Landesparteitag Berlin möge beschließen:**Bildung ist ein hohes Gut – Die besten Lehrerinnen und Lehrer für Berliner Schulen halten und gewinnen – Sich für eine ehrliche Bildungspolitik einsetzen**30 Der Bedarf an Lehrerinnen und Lehrer wird in den kommenden Jahren zunehmen. Das Land Berlin hat jetzt schon Schwierigkeiten die Stellen mit Fachkräften zu besetzen. Damit diese Schwierigkeiten abnehmen, muss Berlin jetzt handeln und alle vorhandenen Möglichkeiten zu Qualitätssteigerung (~~siehe Begründung des Antrages~~) nutzen. *Hierzu gehört z.B. die Ausbildung und Auswahl von „Quereinsteigern“, die kein Lehramtsstudium abgeschlossen haben, zu verbessern. Eine Verlängerung des Referendariats für diese Personen auf mindestens 2 Jahre wäre ein notwendiger Schritt. Auch sollten Referendarinnen und Referendare das Recht bekommen, auf Wunsch und ohne zwingende Begründung ihr Referendariat um ein halbes Jahr zu verlängern.*

35 Die Anzahl der Studienplätze muss darüber hinaus schnellst möglich erhöht werden.

40 Hierzu werden die sozialdemokratischen Mitglieder des Senates und des Berliner Abgeordnetenhauses sowie die SPD Berlin im Allgemeinen aufgefordert, sich mit der Abwanderung vieler Lehrkräfte, den Fachkräftemangel und Qualitätsverlust des Fachunterrichts auseinanderzusetzen. Hierbei muss überdacht werden, ob Berlin weiterhin die Lehrkräfte, als eines von wenigen Bundesländern bzw. als Stadtstaat, nicht verbeamteten möchte oder wie es auch andere Bundesländer/Stadtstaaten von einer Nicht-Verbeamtung überzeugt bekommt. ~~Nur eine bundesweite Nicht-Verbeamtung von Lehrkräften kann hierbei eine Lösung sein, da sonst die Abwanderung aus Berlin nicht gestoppt werden kann. Die Überzeugung der einzelnen Landesregierung muss aufgrund der Länderhoheit in Bildungsfragen gelingen.~~

ANTRÄGE

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg **Kreis 11**

Antrag A 12-16

Antragsteller: Abteilung 4 Alt-Lichtenberg

KDV Lichtenberg am 11. Oktober 2016

5 Beschluss KDV **MEHRHEITLICH Ja Stimmen** keine Nein Stimmen wenige Enthaltungen

Weiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PV

Empfehlung der Antragskommission: Überweisung an AK Soziales und Gesundheit (Konsensliste)

Der Landesparteitag Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag / Der Parteikonvent möge beschließen: (Antragsbuch Konvent 19.9. – dort vertagt)

10 Arbeitslosenversicherung an flexible Arbeitswelt anpassen

Das projektbasierte Arbeiten durch unregelmäßig eintreffende Aufträge nimmt zu. Gerade in der Kreativbranche gehört es zur Regel, dass sich Zeiten starker und durchaus auch gut entlohnter Arbeitsbelastung mit Zeiten von Arbeitslosigkeit abwechseln.

15 Die Arbeitslosenversicherung wird in ihrer jetzigen Form solchen außergewöhnlichen Arbeitsverhältnisse nicht gerecht. Momentan muss man in den vergangenen zwei Jahren mindestens ein Jahr Beiträge eingezahlt haben, um einen Erstantrag auf ein halbes Jahr Arbeitslosengeld zu erhalten. Der Maximalanspruch wird nach zwei durchgehenden Beschäftigungsjahren erreicht und beträgt ein Jahr.

20 Dieses System wird den Menschen nicht gerecht, die projektbasiert nur in Episoden angestellt sind („Bulimiearbeitsplätze“). Sie zahlen voll in die Arbeitslosenversicherung ein, erhalten aber keine Bezüge, da sie die Mindestanstellungsdauer von einem Jahr nicht erreichen.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages werden daher gebeten, sich für eine Anpassung der Anerkennungszeiten der Arbeitslosenversicherung einzusetzen. Schon nach zwei Monaten Arbeitszeit soll man ein Anrecht auf Leistungen erhalten. Das bisherige Verhältnis von einem Monat Bezug von Arbeitslosengeld für zwei Beitragsmonate kann beibehalten werden.

25 Dies soll auch Bestandteil des Wahlprogrammes für die nächste Bundestagswahl werden.

Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg **Kreis 11**

FASSUNG DER ANTRAGSKOMMISSION

Antrag A 17-16

30 Antragsteller: Abteilung 3 Fennpfuhl; AfA

KDV Lichtenberg am 11. Oktober 2016

Beschluss KDV **21 Ja Stimmen** weniger Nein Stimmen einige Enthaltungen Stimmen

Weiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PV

Empfehlung der Antragskommission: Annahme in dieser Fassung ohne Empfehlung

35 Der Landesparteitag Berlin möge beschließen:

Qualitätssicherung im Schulwesen Berlins

Um die andauernde Abwanderung von Lehrkräften in andere Bundesländer zu verhindern, muss das Land Berlin sie angemessen bezahlen.

40 Dazu muss die **finanzielle Gleichstellung von Beamten und Angestellten und Beamten eingeführt werden**. ~~Verbeamtung der Lehrkräfte wieder eingeführt werden, da der Unterschied bei Gehalt und Rente bzw. Pension zu groß ist.~~

Quereinsteiger müssen die Möglichkeit bekommen, fehlende Qualifikationen bei Stundenermäßigung nachzuholen. ~~Nach Ablegen entsprechender Zusatzprüfungen bzw. nach Bewährung von fünf Jahren im Unterricht sind auch sie in den Beamtenstatus zu überführen.~~

45 Um den Unterrichtsausfall – z. B. durch Krankheit der Lehrkräfte – zu kompensieren, sind die Schulen mit 110% der Stellen auszustatten.

ANTRÄGE

Die Klassengröße ist auf höchstens 25 Schülerinnen bzw. Schüler zu begrenzen.

Bei Inklusion von förderungsbedürftigen Kindern/Jugendlichen ist die Klassenfrequenz entsprechend zu vermindern.

- 5 Damit die Inklusion pädagogisch sinnvoll ist, müssen entsprechend ausgebildete Förderlehrkräfte zusätzlich zur Verfügung stehen.

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg **Kreis 11**

Antrag I 02-16

Antragsteller: Delegierte der Abteilung 5 Friedrichsfelde-Rummelsburg

10 KDV Lichtenberg am 11. Oktober 2016

Beschluss KDV **mehrheitlich Ja Stimmen** 1 Nein Stimme 2 Enthaltungen

(inkl. Weiterleitung LPT)

Weiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PV

Empfehlung der Antragskommission: Annahme ohne Weiterleitung an Landesparteitag

- 15 Der Landesvorstand möge zur Kenntnis nehmen:
Der Landesparteitag Berlin möge beschließen:

Erste sozialdemokratische Schwerpunkte für eine mögliche rot-rot-grüne Koalition

- 20 Der Wahlkampf ist nun vorbei, die Wählerinnen und Wähler haben entschieden. Jetzt gilt es, unser Wahlprogramm und die Hinweise aus dem Wahlkampf in konkretes Handeln umzusetzen. Grundlage für Koalitionsverhandlungen muss unser Wahlprogramm in Gänze sein. Dafür stärken wir unserer Verhandlungskommission den Rücken. Wir sind aber der Überzeugung, dass sich die sozialdemokratische Handschrift insbesondere beifolgenden Schwerpunkten zeigen muss. Daher werden die sozialdemokratischen Mitglieder der Koalitions-Verhandlungs-Kommission, die Abgeordneten der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, die Delegierten des Landesparteitags und alle SPD Mitglieder Berlins aufgerufen, nur
- 25 einem Koalitionsvertrag zuzustimmen, in dem folgende Schwerpunkte absolut prioritär und zeitlich als am dringendsten vereinbart sind.

1. Bildung

- 30 Das von der SPD beschlossene Schulsanierungsprogramm muss ohne finanzielle Abstriche zügig und zeitnah umgesetzt werden. Dazu benötigt es eine eindeutige und strukturierte Kompetenzverteilung, welche ein zügiges Planen und vor allem Bauen ermöglicht. Zusätzlich muss entsprechend benötigtes Personal in den zuständigen Ämtern eingestellt werden, um eine schnelle Realisierung der Schulsanierung zu ermöglichen. Die Problematik des mangelnden Personals zeigte sich deutlich bei der Nutzung der SIWA-Mittel. Diese konnten zum Teil noch nicht eingesetzt werden, da häufig das Personal fehlte, um notwendige Anträge oder Gutachten rechtzeitig zu erarbeiten.

- 35 Die künftige Koalition muss umgehend eine gewinnbringende Initiative starten, um ausgebildete Lehrkräfte für die staatlichen Berliner Schulen zu gewinnen. Dabei muss zum einen darauf geachtet werden, dass nicht nur Lehrerinnen und Lehrer für die Oberstufe, sondern insbesondere Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer benötigt werden. Dabei muss zum anderen darauf geachtet werden, dass eine Besetzung offener Stellen für Lehrkräfte ~~in den äußeren Bezirken~~ stattfindet. Außerdem müssen die Problematiken, welche sich rund um das Quereinstiegs-Modell ergeben haben, zurückgefahren werden und die Quereinstiege vor allem in den NAWI-Fächern nicht zum Normalfall werden. Die Schulen, die Kolleginnen und Kollegen, aber vor allem die Schülerinnen und Schüler benötigen Fachpädagogen und Fachpädagoginnen. Die Rahmenbedingungen des Lehrerberufs an sich müssen verbessert werden.

- 45 Selbiges gilt für die Gewinnung von Erzieherinnen und Erziehern und die Verbesserung der Rahmenbedingungen für diesen Berufszeitung. Eine weitere Verbesserung in der Bezahlung und in den Arbeitsbedingungen muss unbedingt erreicht werden. Dementsprechend darf bei der Umsetzung der Beitragsfreiheit nicht die Verbesserung der Qualität in den Kitas außer Acht gelassen werden. Auch muss unbedingt bei der Schaffung von Kitaplätzen die Besetzung durch Fachpersonal bedacht werden.

2. Bezahlbarer Wohnraum *für Einkommen schwache Menschen*

- 50 Die Sicherung bezahlbaren Wohnraums *für Einkommen schwache Menschen* durch Neubau sowie unter Ausschöpfung aller rechtlichen und politischen Möglichkeiten, ist für die SPD eines der zentralen Anliegen.

ANTRÄGE

gen. Neben dem Vorantreiben des Baus und Bereitstellens von preisgünstigem Wohnraum muss der Wohnungsbau mit der Entwicklung des angrenzenden sozialen Raums zusammen gedacht werden. Die zukünftige Koalition muss **unter Einbeziehung(Beteiligung) der Bezirke** ein in sich schlüssiges Stadtentwicklungskonzept auf kleinteiliger Ebene entwickeln, welches das Errichten von Schulen und Kitaplätzen und die Sicherstellung der Nahversorgung ebenso enthält, wie das Bereitstellen von in dieser Stadt immer noch notwendigen Parkraum und den Ausbau von ebenfalls in dieser Stadt notwendigen sicheren Radwegen.

3. Lebenswerte Stadt, funktionierende Verwaltung

Auch wenn in den letzten Monaten in den Berliner Verwaltungen neues Personal eingestellt wurde, so bestehen die Probleme, die diese Stadt mit seiner Verwaltung hat, weiterhin fort. Das ist insbesondere in den Bereichen der Bürgerdienste zu erkennen. Die neue Koalition muss sich diesem unverändert hohen Veränderungsdruck, resultierend aus Unterbesetzung und Überlastung sowie Unklarheiten der Kompetenzen, Zuständigkeiten und Entscheidungsbefugnisse, stellen und ein umfassendes Personal- und Zuständigkeits-Konzept entwickeln und schnell für spürbare Verbesserungen, besonders bei den Bürgerdiensten, der Verwaltung sorgen. Nur eine spürbare Verbesserung der Verwaltung kann bei den Berlinerinnen und Berlinern den Eindruck einer handelnden Politik erzeugen!

Durch eine schnellstmögliche Rückkehr der Bezahlung der Angestellten und Beamtinnen und Beamten des Landes Berlin auf das Niveau anderer Bundesländer bzw. im Fall der Jobcenter auf das Tarifgefüge der Bundesagentur für Arbeit und eine aktive Leistungsmotivierung und Personalentwicklung und fachliche Weiterqualifizierung inkl. der aktiven Förderung von Bewerbungsmöglichkeiten von Beschäftigten niedrigerer Tarif- bzw. Besoldungsgruppen auf höherwertige Stellen soll die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienst gestärkt werden.

Zwingend muss der neue Koalitionsvertrag **einen konkreten Zeitplan für umfassende Barrierefreiheit im ÖPNV, darunter zudem verbindlich** die zügige Schaffung von barrierefreien Zugängen zu allen Bahnhöfen des U-Bahn- und S-Bahn-Netzes enthalten.

Änderungsantrag Christian Paulus Barrierefreiheit bedeutet die Berücksichtigung von allen Arten von sinnlichen und motorischen Einschränkungen, zum Beispiel auch Seh- und Hörvermögen."

Dies sind die Schwerpunkte, bei denen es ein Koalitionsvertrag nicht nur bei Absichtserklärungen oder kurzfristigen, passiven und senatsbezogenen Entscheidungen belassen darf. Wir verstehen die neue Koalition auch als Chance, in einem progressiven Bündnis klar aufzeigen, wohin sich diese Stadt entwickeln soll. Das Ziel des Koalitionsvertrages müssen politisch-gesellschaftliche Grundsatzentscheidungen für eine gute Zukunft unserer Stadt sein.

Wir sind angesichts dieser inhaltlichen Prioritäten überzeugt, dass nur eine rot-rot-grüne Koalition den Erwartungen gerecht werden und weiteres bzw. neues Vertrauen bei den Berlinerinnen und Berlinern gewinnen kann.

Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg

Kreis 11

FASSUNG DER ANTRAGSKOMMISSION

Zum Antrag I 03-16

Antragsteller: Delegierte der Abteilung 5 Friedrichsfelde-Rummelsburg

KDV Lichtenberg am 11. Oktober 2016

Beschluss KDV **mehrheitlich Ja Stimmen** Nein Stimmen Enthaltungen Stimmen

Weiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PV

Empfehlung der Antragskommission: Annahme in dieser Fassung ohne Empfehlung

Der Landesvorstand möge zur Kenntnis nehmen:

Die AG der der Fraktionsvorsitzenden möge zur Kenntnis nehmen:

Der Landesparteitag Berlin möge beschließen:

Nur geschlossen kann stark gehandelt werden

Die SPD sollte einen über die Bezirksgrenzen hinweg abgestimmten Umgang mit der AfD finden. Hierzu fordern wir den Landesvorstand der Berliner SPD bzw. die AG der SPD-Fraktionsvorsitzenden auf, eine gemeinsame Strategie zu entwickeln.